

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

29. September 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche griffen Hunderte von Taliban den westlichen Distrikt Ajristan der südostafghanischen Provinz Ghazni an. Die Provinzregierung soll am 26.09.14 den Kontakt zur Polizei in dem Bezirk verloren haben, nachdem die Taliban mehrere Dörfer und Polizeiposten erobert hätten. Nach Behördenangaben sind dort in den vergangenen Tagen mehr als 100 Menschen ums Leben gekommen. Außerdem sollen die Taliban 15 Menschen enthauptet haben.

Weitere Kämpfe und Bombenanschläge, bei denen auch Zivilpersonen zu Schaden kamen, gab es in Khost (Südosten), Laghman, Nangarhar (Osten), Logar, Maidan Wardak, Parwan (Zentralafghanistan), Kandahar, Uruzgan (Süden), Balkh, Faryab (Norden) und Kunduz (Nordosten).

Übergriffe gegen staatliche Repräsentanten ereigneten sich am 25.09.14 sowohl in der südöstlichen Provinz Ghazni als auch in der südlichen Provinz Helmand, wo jeweils ein Staatsanwalt von Unbekannten ermordet wurde. Weiterhin wurde in der zentralafghanischen Provinz Logar der Fahrer einer Minenräumorganisation entführt. Im ostafghanischen Kunar wurde ein Geheimdienstmitarbeiter getötet.

Kurz vor der Vereidigung des neuen afghanischen Präsidenten am 29.09.14 starben bei einer Bombenexplosion nahe dem Kabuler Flughafen zahlreiche Menschen.

Präsident Ghani vereidigt

Am Morgen des 29.09.14 leistete Ashraf Ghani den Amtseid und wurde Nachfolger vom Hamid Karzai im Präsidentenamt. Es war der erste demokratische Machtwechsel in der Geschichte des Landes.

Sexuelle Übergriffe

Nach einer Untersuchung der Nichtregierungsorganisation New Afghanistan Women Association (NAWA) in den Provinzen Kunduz, Takhar, Jawzjan, Herat, Balkh und Sar-i-Pul gab es dort in den letzten sechs Monaten 245 sexuelle Übergriffe. 65 der Opfer seien Kinder zwischen einem und 13 Jahren gewesen, von denen 25 an den Folgen gestorben seien. Bei den Tätern habe es sich um mächtige Einzelpersonen, Kommandeure illegaler Milizen und andere Bewaffnete gehandelt. Der Bericht stellt weiterhin fest, dass die Mehrzahl der Übergriffe nicht gemeldet werde und die Täter nicht verfolgt würden. Nach Angaben des Ministeriums für Frauenangelegenheiten seien 1.500 Fälle von Gewalt gegen Frauen im Jahr 2013 registriert worden, im ersten Halbjahr 2014 sei die Zahl auf 3.000 angestiegen.

Schleusungen

Nach Erkenntnissen des Leiters der „Kinderhilfe Afghanistan“ gibt es in Kabul mafiaähnlich strukturierte Schleuserorganisationen, die für Preise zwischen 8.000 und 13.000 Euro Reisen nach Europa anbieten. Je nach Preis erfolge die Reise mit LKW, Bussen oder Privat-PKW mit Hotelunterbringungen oder per Flugzeug mit gefälschten Reisepässen und Visa. Im Preis inbegriffen seien eine detaillierte Fluchtlegende und Namen von Zeugen.

Pakistan

Sicherheitslage

Bei Angriffen der Armee auf Verstecke von Aufständischen, Zusammenstößen an Checkpoints sowie bei zwei Selbstmordanschlägen starben in der vergangenen Woche in Nordwestpakistan zahlreiche Aufständische, ein Polizeioffizier und mindestens sieben Zivilisten. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Irak

Entwicklung der Lage

Laut Medienberichten bombardierte die französische Luftwaffe am 27.09.14 IS-Stellungen in Fallujah (Provinz Anbar), während britische Kampffjets am 27.09.14 zwar einen Einsatz flogen, aber mangels Identifizierung geeigneter Ziele nicht angriffen.

Am 22.09.14 wurde von IS-Kämpfern auf einem Platz im Zentrum von Mosul eine Menschenrechtsaktivistin, die in sozialen Netzwerken Kritik an der Terrorgruppe geübt hatte, erschossen.

Syrien

IS von US-Geheimdiensten unterschätzt

In einem Interview am 28.09.14 räumte US-Präsident Obama ein, dass US-Geheimdienste die Terrormiliz IS unterschätzt und die Schlagkraft der irakischen Armee in der Bekämpfung der Gruppierung überschätzt hätten. Die USA fliegen seit Mitte August Luftangriffe auf Stellungen des IS im Irak und seit Mitte September auch gegen IS-Stützpunkte in Syrien. An den Angriffen beteiligen sich auch arabische Staaten; Frankreich und Großbritannien unterstützen die Angriffe in Irak. IS hat als Rache weltweit zur Entführung und Ermordung von Staatsbürgern aus den Staaten aufgerufen, die sich an der Allianz mit den USA beteiligen.

Mutmaßliche Führer der Gruppierung Khorasan getötet?

Am 28.09.14 meldete Site, ein auf Überwachung islamistischer Internetseiten spezialisiertes Unternehmen, dass möglicherweise Muhsin al-Fadhli, der mutmaßliche Anführer der Khorasan-Gruppierung, und Abu Jusuf al-Turki, ein Kommandeur, bei den US-Luftangriffen im Norden Syriens getötet worden sein sollen. Die Gruppierung wurde erst vor einer Woche von den USA von einer unbekanntem Terrorgruppe zur größten direkten Bedrohung für den Westen hochgestuft. Die Gruppierung soll von al-Qaida-Veteranen gegründet worden sein, um Anschläge in den USA und Europa vorzubereiten.

Proteste in Rebellengebieten gegen Luftangriffe der USA

Bei den traditionellen Freitagsprotesten in den syrischen Rebellengebieten verstärkten sich die Proteste gegen die Luftangriffe durch die USA und andere Länder. Jabhat al-Nusra – eine der al-Qaida nahestehende Gruppierung, der neben dem IS die ersten Angriffe am 23.09.14 gegolten haben sollen – erklärte im Internet, dies sei kein Krieg gegen die Gruppierung, sondern gegen den Islam.

Großangriff des IS auf Ain al-Arab

Ain al-Arab (Kurdisch: Kobane) in Nordsyrien steht unter schwerem Beschuss durch den IS, wobei am 27.09.14 erstmals auch Mörsergranaten eingesetzt wurden. Seit 24.09.14 trafen ca. 1.500 kurdische Peschmerga-Kämpfer in der Stadt ein, so dass sich am 28.09.14 insgesamt ca. 1.800 Peschmerga-Soldaten in der Stadt in Stellung gebracht haben sollen.

Türkischer Staatspräsident fordert Einsatz von Bodentruppen

Der türkische Staatspräsident Erdogan sprach sich für den Einsatz von Bodentruppen in Syrien aus, da Luftangriffe für eine dauerhafte Lösung im Anti-Terror-Kampf nicht ausreichten. Das türkische Parlament soll am 02.10.14 darüber entscheiden, ob sich die Türkei der von den USA angeführten Koalition gegen den IS anschließt.

Türkei

Flüchtlingslage

Bezüglich des wachsenden islamistischen Terrors im Nahen Osten warf der türkische Präsident Erdogan am 24.09.14 auf der UN-Generalversammlung den UN Versagen vor und forderte von europäischen Staaten Unterstützung bei der Bewältigung der steigenden Anzahl an Flüchtlingen. Das türkische Parlament will am 02.10.14 über ein Eingreifen in Syrien beraten.

Durch den IS-Vormarsch und die Gefechte um die grenznahe Stadt Ain al-Arab (Kurdisch Kobane) sollen von dort innerhalb weniger Tage ca. 150.000 Menschen (v.a. Kurden) in die Türkei geflüchtet sein. Nach Schätzungen des UNHCR könnte die Zahl der Flüchtlinge bald auf 400.000 steigen.

Kopftuch/Körperschmuck

Die türkische Regierung hat am 23.09.14 das Tragen von Kopftüchern in Gymnasien erlaubt. Demnach dürfen Schülerinnen künftig von der fünften Klasse an ein Kopftuch tragen. „Wer das Kopftuch tragen will, kann es tragen, wer das nicht will, trägt es nicht“, erklärte Ministerpräsident Ahmet Davutoglu dem Fernsehsender NTV. „Alle können ihr Leben so leben, wie es ihnen richtig erscheint.“ Die Maßnahme sei Teil der Politik der Regierungspartei AKP, die „Freiheiten“ zu erweitern. Seit der Übernahme der Regierung im Jahr 2002 war es ein wichtiges Ziel der AKP, die Verbote zum Tragen des Kopftuchs in öffentlichen Einrichtungen zu lockern. Die säkulare Opposition im Parlament lehnt die Zulassung des Kopftuchs an Schulen entschieden ab, auch mehrere Lehrgewerkschaften äußerten deutliche Kritik.

Nach jüngsten Meldungen hat die Regierung Schülern unter anderem das Tragen von Tattoos und Piercings sowie von Bärten untersagt. Die islamistische Regierung wolle damit die Schüler zu größerer Disziplin anhalten, so die Medien.

Iran

Oberstaatsanwaltschaft fordert Verbot von Kommunikationsprogrammen

In Iran sollen nach dem Willen der Oberstaatsanwaltschaft – wie bereits Anfang des Jahres gefordert – nahezu alle Kommunikationsprogramme auf Smartphones verboten werden. Die Behörde forderte den Kommunikationsminister auf, innerhalb eines Monats die äußerst beliebten Smartphone-Kommunikationsprogramme „Viber“, „Tango“ und „WhatsApp“ zu blockieren. Im Falle der Missachtung werde die Staatsanwaltschaft dies nach einem Bericht der Nachrichtenagentur ISNA über ihre eigenen Kanäle tun. Grund der Verbotsforderung sei, dass über diese Programme Informationen im Ausland landen könnten, was als Gefahr angesehen werde. Im Gegensatz dazu strebt Präsident Hassan Rohani eine Aufhebung der Internetzensur an. Die strengkonservative Geistlichkeit und ihre politischen Unterstützer sehen in solchen Netzwerken jedoch Spionageapparate der USA und eine Mitgliedschaft darin als eine Sünde („Verderbensstiftung auf Erden“, „Mofzed bil Arz“).

Breite Unterstützung für Präsident Rohani

Kurz vor der Abreise Hassan Rohanis zur UN-Generalversammlung wurden die Ergebnisse zweier voneinander unabhängiger Umfragen veröffentlicht. Danach herrscht eine breite Zustimmung der Wähler für ihren Präsidenten. Dies gelte vor allem für seine Entspannungspolitik. 30 Millionen Iraner würden Hassan Rohani wählen, falls morgen Wahlen wären, meldete die Zeitung „Shargh“ („Osten“, reformorientierte Tageszeitung) am 24.09.14. Bei den Wahlen 2013 waren es knapp 19 Millionen. Unabhängigen iranischen Quellen zufolge kann Präsident Rohani auch weiterhin mit der Unterstützung von Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei rechnen. Dennoch lässt dieser sich in seinen Stellungnahmen zur Politik Rohanis einen Ausweg für den Fall offen, dass die Atomverhandlungen scheitern sollten.

Jemen

Präsident Hadi: Rebellen sollen Sanaa verlassen/Anschlag auf Rebellen

Wenige Tage nach der am 21.09.14 vereinbarten Waffenruhe hat Präsident Abd Rabbo Mansour Hadi nach Berichten der Nachrichtenseite „al-Mashhad al-Yemeni“ die schiitischen al-Houthi-Rebellen aufgefordert,

die Hauptstadt Sanaa zu verlassen. Die Rebellen waren zuletzt bis in das Stadtzentrum vorgerückt und hatten unter anderem das Zentralkommando der Armee gestürmt.

Anschläge auf Houthi-Rebellen und US-Botschaft

Nur knapp zwei Stunden, nachdem der Anführer der Houthis den Waffenstillstand mit der Regierung öffentlich bekanntgegeben hatte, ereignete sich ein Autobombenanschlag auf einen Kontrollposten der Rebellen im Nordwesten Sanaas. Die Täter blieben unbekannt.

Ansar Al-Scharia (al-Qaida nahestehend) verübte am 28.09.14 mehrere Anschläge auf Kämpfer des schiitischen Houthi-Stammes. Bei einem Selbstmordanschlag in der Stadt Majsar östlich der Hauptstadt Sanaa wurden nach Angaben aus Sicherheitskreisen mindestens 15 Menschen getötet und zahlreiche verletzt (nach anderen Quellen 40 bzw. mindestens 50). Der Attentäter fuhr sein Fahrzeug direkt in ein Krankenhaus, das die Houthi-Rebellen als Stützpunkt nutzten. Weitere Angriffe gab es laut Medienberichten nahe Sanaa. So hätten Extremisten einen Wagen mit Rebellen beschossen und fünf getötet. Zwei Houthi-Kämpfer sollen durch einen Sprengsatz verletzt worden sein. Bislang hatten die sunnitischen Extremisten vor allem das jemenitische Militär ins Visier genommen. Doch seit der Erstürmung der Hauptstadt durch die Houthis greift Ansar al-Scharia anscheinend auch gezielt Mitglieder der schiitischen Rebellengruppe an.

Ansar al-Scharia bekannte sich auch zu einem Raketenanschlag am 27.09.14 auf die US-Botschaft in Sanaa. Das Geschoss soll 150 Meter entfernt eingeschlagen sein und zwei Wachleute verletzt sowie Autos zerstört haben.

Israel

Oberstes Gericht: Regierung muss Internierungslager für afrikanische Flüchtlinge schließen

Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts in Jerusalem vom 22.09.14 muss Israel ein umstrittenes Internierungslager für afrikanische Flüchtlinge binnen drei Monaten schließen. Überdies dürften Flüchtlinge nicht mehr ein Jahr lang ohne Prozess festgehalten werden. Die israelische Nachrichtenseite „ynet“ bezeichnete die Gerichtsentscheidung als „juristisches Drama“ für die Regierung. Anfang des Monats hatte die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ Israel wegen der Abschiebung von fast 7.000 afrikanischen Flüchtlingen scharf kritisiert. Die israelische Regierung betrachtet die rd. 48.000 Flüchtlinge aus Afrika als illegale Einwanderer. Politiker verweisen immer wieder darauf, dass das kleine Land nicht die Kapazität besitze, Flüchtlinge in größerer Zahl aufzunehmen.

Ägypten

IS ruft zu Anschlägen auf

Am 22.09.14 rief der IS zu Anschlägen gegen die Sicherheitskräfte auf der Halbinsel Sinai auf. Nach Angaben eines Mitglieds der auf dem Sinai aktiven extremistischen Ansar Beit al-Makdis, die im Lauf des vergangenen Jahres Hunderte von Sicherheitskräften tötete, habe der IS sie mit Anleitungen für ein effektiveres Vorgehen versehen.

Algerien

Geiselmord

Der am 21.09.14 in der Kabylei entführte französische Tourist Hervé Gourdel ist von den islamistischen Geiselnehmern enthauptet worden. Am 22.09.14 hatte sich die Gruppierung Jund al-Khalifa (Soldaten des Kalifats) zur Geiselnahme bekannt und den französischen Präsidenten zur Einstellung der Luftangriffe auf Stellungen der Terrormiliz IS in Irak innerhalb von 24 Stunden aufgefordert. Die für die Entführung und Ermordung verantwortliche algerische Terrorgruppe hatte sich laut eigenen Angaben erst vergangene Woche von der Organisation von al-Kaida im Maghreb getrennt und mit den IS-Jihadisten verbündet.

Westafrika

Ebola-Ausbreitung

Sofern die Maßnahmen zur Eindämmung von Ebola nicht umgehend verstärkt werden, geht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von rund 20.000 Neuinfektionen im Zeitraum bis Anfang November 2014 aus. Eine Analyse gemeinsam mit Imperial College in London zeigt, dass 70,8 % der Infizierten bis zum 14.09.14 an dem Virus verstorben waren. Seit die ersten Fälle vor gut einem halben Jahr in Westafrika auftraten, sind nach WHO-Angaben vom 25.09.14 bislang 2.917 Menschen am Virus gestorben.

Angesichts der anhaltenden Ebola-Epidemie hat der liberianische Informationsminister Brown am 23.09.14 vor einem Zusammenbruch des Staatswesens gewarnt. Die zögerliche internationale Hilfe könne zu einem Kollaps der Gesellschaft und zu neuen Bürgerkriegen führen.

Die Regierung Sierra Leones hat nach der landesweiten Ausgangssperre (19. bis 21.09.14) 1,2 Millionen Menschen unter Quarantäne gestellt, um die Epidemie einzudämmen. Die Maßnahme gelte für drei Bezirke und zwölf Stammesgebiete, sagte Präsident Ernest Bai Koroma am 24.09.14 in einer Fernsehansprache. Port Loko, Bombali und Moyamba werden mit sofortiger Wirkung isoliert, die östlichen Bezirke Kenema und Kailahun standen bereits unter Quarantäne. Mit den neuen Maßnahmen kann sich nun mehr als ein Drittel der Bevölkerung Sierra Leones nicht frei bewegen.

Unterdessen hat der nigerianische Präsident Goodluck Jonathan sein Land für ebolafrei erklärt. Experten hatten zuvor gewarnt, voreilig ein Ende der Epidemie in dem Staat zu verkünden. Nach Angaben der WHO gab es in Nigeria seit Juli 20 bestätigte Ebola-Fälle, acht der Patienten starben. Der Leiter des Ebola-Notfallzentrums in Lagos hatte zuvor betont, der Ebola-Ausbruch in Nigeria könne erst 42 Tage nach dem jüngsten Ebola-Fall als beendet angesehen werden. Laut WHO wurden seit dem 08.09.14 keine neuen Infektionen aus dem Land gemeldet, so dass Nigeria erst am 20.10.14 für ebolafrei erklärt werden könnte.

Somalia

Al-Shabaab steinigt Frau

Am 26.09.14 steinigten Angehörige der al-Shabaab in Barawe (ca. 180 km südlich von Mogadischu) eine 33 Jahre alte Frau wegen Ehebruchs. Die dreifache Mutter soll sich schuldig bekannt haben, mit drei Männern gleichzeitig verheiratet gewesen zu sein.

Nigeria

Erfolge des Militärs im Kampf gegen Boko Haram

Laut Angaben des Verteidigungsministeriums vom 24.09.14 haben sich im Bundesstaat Borno auf dem Gebiet der Biu Local Government Area (LGA) 135 Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram mitsamt ihrer Ausrüstung der Armee ergeben.

Christen von Boko Haram getötet

Im Bundesstaat Borno wurde in der Hawul LGA am 24.09.14 das Dorf Shaffa und am folgenden Tag das Dorf Shindiffu von Boko-Haram-Kämpfern überfallen. Sie töteten in den beiden mehrheitlich von Christen bewohnten Dörfern einen Pastor, einen Lehrer sowie 18 meist christliche Zivilisten. Zehn Kirchen, eine Klinik, Gebäude einer Mädchenschule sowie mehrere Häuser wurden zerstört. Als die Angreifer auf dem Weg zu einem weiteren Dorf waren, wurden fast alle von ihnen von Soldaten getötet.

Boko-Haram-Chef Shekau getötet?

Am 24.09.14 verkündete das nigerianische Verteidigungsministerium, dass die Armee den Boko-Haram-Kommandeur Mohammed Bashir am 17.09.14 bei Kämpfen um die Stadt Konduga (rund 40 km von Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) getötet habe. Dieser sei in Videos der Terrororganisation als Doppelgänger des „verstorbenen Abubakar Shekau“ aufgetreten. Laut früheren Angaben nigerianischer Sicherheitskräfte soll der Boko-Haram-Chef Shekau bereits 2009 oder aufgrund von schweren Verletzungen bei einem Gefecht am 30.06.13 in Kamerun Ende Juli/Anfang August 2013 gestorben sein. Bereits am 21.09.14 hatte die kamerunische Armee den Tod von Shekau gemeldet. Hiernach soll Shekau bei einem

Bombardement seines Verstecks in Nigeria durch die kamerunische Luftwaffe getötet worden sein. Eine unabhängige Bestätigung des Todes liegt nicht vor.

Zentralafrikanische Republik

Internationaler Strafgerichtshof ermittelt

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag nahm vergangene Woche offiziell Ermittlungen zu Kriegsverbrechen auf, nachdem Vorermittlungen zahlreiche Hinweise ergeben hatten. Die Ermittlungen richten sich gegen Séléka und Anti-Balaka, denen das Gericht in einem Bericht vom 24.09.14 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorwirft, wie Mord, Vergewaltigung, Vertreibung, Verfolgung und Plünderung sowie Angriffe auf humanitäre Missionen und den Einsatz von Kindersoldaten.

Ukraine

Assoziierungsabkommen mit EU ratifiziert

Das Europaparlament und das ukrainische Parlament haben ein umfassendes Assoziierungsabkommen am 16.09.14 ratifiziert. Beide Parlamente waren bei der Abstimmung per Video zu einer gemeinsamen Sitzung verbunden. In Kiew wurde das Abkommen einstimmig angenommen. In Straßburg stimmten 535 Parlamentarier dafür und 127 dagegen, 35 enthielten sich.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sagte u.a., sein Land strebe nach wie vor die Vollmitgliedschaft in der EU an. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens sei der erste, aber entscheidende Schritt auf dem Weg hierzu.

Zunächst soll nun nur der politische Teil des Abkommens umgesetzt werden. Das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens wurde kurzfristig auf Ende 2015 verschoben, wie am 19.09.14 von EU-Handelskommissar Karel De Gucht, dem ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin und dem russischen Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew vereinbart worden war. Die Regierung in Moskau hatte nach Worten De Guchts 2.400 Änderungen an dem Abkommen gefordert und der Ukraine mit massiven Einschränkungen des wichtigen Russland-Handels gedroht. Mit dem jetzigen Abkommen ging die EU auf die russischen Bedenken ein und signalisierte ihre Verhandlungsbereitschaft. Das Assoziierungsabkommen sollte bereits 2013 unterzeichnet werden. Der damalige Staatschef Viktor Janukowitsch stoppte es aufgrund Moskauer Drucks und wandte sich Russland zu. In der Folge gab es heftige Proteste, die in den aktuellen gewaltsamen Konflikt mündeten.

Separatisten in der Ostukraine wollen eigene Regionalparlamente

Gegen den Widerstand der Regierung in Kiew organisieren die prorussischen Separatisten in der Ostukraine für den 02.11.14 Wahlen. Mit der Abstimmung über Regionalparlamente bekräftigten sie ihr Streben nach Unabhängigkeit, wie die Aufständischen in Donezk und Luhansk am 23.09.14 mitteilten. Eine Teilnahme an den Parlamentswahlen am 26.10.14 in der Ukraine lehnten sie ab.

Mit der Ankündigung stellen sich die Separatisten gegen ein am 16.09.14 von Kiew verabschiedetes Sonderstatus-Gesetz, das den Rebellenregionen weitgehende Autonomie zuspricht. In dem Gesetz wurde der Termin für die Kommunalwahlen auf den 07.12.14 festgelegt. Die Rebellen kontrollieren ein Gebiet, das sich vom nördlichen Luhansk über 230 Kilometer zum Asowschen Meer im Süden erstreckt und an seiner größten Ausdehnung zwischen Donezk im Westen und der russischen Grenze im Osten 160 Kilometer breit ist.

Lage in der Ostukraine weiterhin angespannt

Im Konfliktgebiet gab es den Aufständischen zufolge bei der Schaffung einer vereinbarten Pufferzone Fortschritte. Moskautreue Kämpfer zogen einen Teil ihrer Artillerie von der Frontlinie zurück. Sie hätten ihre Waffen aber an den Orten stehenlassen, an denen die ukrainische Armee sich noch nicht zurückgezogen habe, sagte der Separatistenführer Alexander Sachartschenko.

Vertreter Kiews und der Separatisten hatten sich am 19.09.14 bei einem Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe auf die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone geeinigt. Die nächste Verhandlungsrunde in der weißrussischen Hauptstadt Minsk könne in etwa einem Monat stattfinden, kündigte Sachartschenko an. Die Zeit werde benötigt, um die bisherigen Vereinbarungen umzusetzen. Die am 05.09.14 vereinbarte Waffenruhe wird überwiegend eingehalten, auch wenn die Lage in der Ostukraine angespannt bleibt.

Serbien

Gay-Parade in Belgrad verlief friedlich

Unter dem Schutz eines massiven Polizeiaufgebotes fand am 28.09.14 in Belgrad erstmals seit vier Jahren wieder eine Gay-Pride-Parade statt. Einige Minister der serbischen Regierung sowie zahlreiche Diplomaten hatten sich dem Marsch angeschlossen. Die Parade, die erst wenige Stunden vor Beginn genehmigt worden war, verlief friedlich. 2010 war es während des Umzugs zu schweren Zusammenstößen zwischen Hooligans und der Polizei gekommen. In den vergangenen Jahren war sie dann „aus Sicherheitsgründen“ stets abgesagt worden. Menschenrechtsorganisationen und die EU ermahnten seither die Behörden, dass das Demonstrationsrecht auch für die Gay-Gemeinschaft gelte. Besonders die Orthodoxe Kirche hatte sich wieder gegen die Abhaltung der „schändlichen Parade“ ausgesprochen.

Indien

Parlamentswahlen: Stimmenverluste für BJP

Nach ihrem klaren Wahlsieg im Mai errang die hindu-nationalistische Regierungspartei BJP bei Nachwahlen zu Landesparlamenten zwölf von 32 Sitzen. Die Partei von Premierminister Narendra Modi verlor damit 14 Mandate. Die Nachwahlen waren nötig geworden, weil einige Parlamentarier starben und andere ihre Mandate aufgaben, nachdem sie ins Unterhaus in Neu-Delhi gewählt worden waren.

Indiens neue Zentralregierung ist seit etwas mehr als 100 Tagen im Amt; die Nachwahlen galten als erster Stimmungstest. Analysten hatten erwartet, dass Modi Reformen schneller umsetzen würde, da seine Partei BJP über die absolute Mehrheit im Unterhaus verfügt.

China

Gewalt in Xinjiang

Amtlichen Medien zufolge starben am 21.09.14 bei einem Terroranschlag 50 Menschen im Kreis Luntai in der Mongolischen Autonomen Präfektur Bayingolin. Es habe mindestens vier Explosionen vor einem Laden, einem Markt sowie vor zwei Polizeistationen gegeben. Insgesamt seien 40 Angreifer getötet worden; einige hätten sich selbst in die Luft gesprengt. Daneben seien sechs Zivilisten, zwei Polizeibeamte und zwei Hilfspolizisten getötet worden. Unter Berufung auf Augenzeugen berichtete Radio Free Asia, die Taten seien vermutlich von lokalen Uiguren verübt worden, die wegen ausgedehnter Zwangsumsiedlungen zur Vorbereitung des Zuzugs von Han-Chinesen aufgebracht gewesen seien. Einzelheiten wurden bislang nicht bekannt.

Xinjiang: Lebenslange Haft für Ilham Tohti

Das Mittlere Volksgericht in Ürümqi verurteilte den bekannten Bürgerrechtler Ilham Tohti (vgl. BN v. 22.09.14) am 23.09.14 wegen Separatismus und Anstachelung zum Völkerhass zu lebenslanger Haft. Sein Vermögen wird beschlagnahmt. Das Urteil gegen den von Beobachtern als moderat und gewaltfrei handelnd eingeschätzten Aktivist wurde international scharf kritisiert. Es wird befürchtet, das Urteil könnte die angespannte Lage in Xinjiang weiter verschlechtern.

Ein Grund für die Verurteilung des früheren Wirtschaftsprofessors war seine (nun abgeschaltete) Webseite Uygur Online, für die auch sieben seiner Studenten arbeiteten. Sie waren mit ihm verhaftet worden und erwarten Gerichtsverfahren.

Proteste in Hongkong

Bei Demonstrationen im Rahmen des am 22.09.14 begonnenen einwöchigen Studentenstreiks wurden bis zum 28.09.14 74, nach anderen Quellen 78 Teilnehmer festgenommen, 29 Demonstranten und Polizisten erlitten Verletzungen. Zehntausende protestierten am 27.09.14 vor dem Regierungssitz. Die Occupy-Central-Bewegung begann angesichts der Entwicklungen am 28.09.14 überraschend mit der für Anfang Oktober angekündigte Blockade des Finanzdistrikts, die am 29.09.14 fortgesetzt wurde. In der Nacht zuvor war die Polizei teils gewaltsam dagegen vorgegangen, konnte die Blockade durch tausende Demonstranten jedoch nicht auflösen; dabei wurden 38 Personen verletzt. Mittlerweile zog sich die Polizei zurück.